



Asylanten greifen Passanten an

Als die Asylbewerber losschlugen, flüchteten Passanten in Geschäfte. Zwei Stunden dauerte es, bis die Polizei die mutmaßlichen Täter festnehmen konnte. Die Prügeltour von vier alkoholisierten jugendlichen Asylbewerbern in Amberg hat bundesweit hohe Wellen geschlagen. Oberbürgermeister Michael Cerny will nun verstärkte Polizeipräsenz in Amberg. Eine grundsätzliche Klärung des Problems wird hierdurch nicht gelingen, denn sind solche Personen erst einmal in Deutschland, dann gelingt eine Abschiebung oftmals nicht oder ist ein langwieriger Prozess.



Wir wünschen allen Mitgliedern und Freunden unserer Partei ein frohes neues Jahr und natürlich für 2019 alles Gute. Kämpfen wir gemeinsam weiter für unsere Heimat und eine dringend notwendige politische Veränderung. Wir bedanken uns bei allen Aktivisten für den erbrachten Einsatz im letzten Jahr und möchten auf diesem Wege auch die vielen neuen Mitglieder herzlich begrüßen, die den Weg zu uns gefunden haben. 2019 erwarten uns viele Landtags- und Kommunalwahlen, sowie die Europawahl. Es wird sicherlich ein Kraftakt, aber besonders heute ist es notwendiger denn je, dass Republikaner in den Parlamenten vertreten sind und für die Interessen unserer Bürger eintreten. Also packen wir es gemeinsam an und sorgen wir für frischen Wind in der Politik.

Mieten steigen und sorgen für finanzielle Engpässe

Es gibt eine Faustregel, die aber so kaum noch umsetzbar ist. Nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens soll man für die Miete ausgeben, aber immer mehr Bürger können sich diese Entscheidung nicht aussuchen. In Frankfurt am Main und in der Nachbarstadt Offenbach zahlen Mieter durchschnittlich 35 Prozent ihres Einkommens. Dahinter folgen mit Freiburg, Augsburg und München drei Städte in Süddeutschland. Knapp ein Drittel ihres Einkommens müssen die Mieter auch in Berlin, Potsdam, Mainz, Jena und Köln hinlegen.

Mieten und Immobilienpreise sind in den vergangenen Jahren vor allem in den Ballungsräumen stark gestiegen. Hinzu kommen die häufige Schaffung von höherwertigen Wohnungen, die in vielen Fällen von sogenannten Normal- und Geringverdienern nicht mehr bezahlt werden können. So erfüllen z.B. in Düsseldorf bereits über 50 Prozent der Bürger die Voraussetzungen für Wohnungsgeld.

Die EU und der Grenzschutz

Wer die EU kennt, der weiß um das Chaos. Jedes Land will etwas anderes und dann gibt es noch den EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Aktuell wird wieder um eine größere europäische Grenzschutztruppe gestritten. "Alle EU-Staats- und Regierungschefs haben über zwei Jahre lang den besseren Schutz der europäischen Außengrenze gefordert", sagte Juncker der "Welt am Sonntag". "Und jetzt kommen plötzlich von vielen Seiten Bedenken. Das sei ein Eingriff in die nationale Souveränität, alles ginge viel zu schnell und die Zahlen seien zu hoch gegriffen. Das ist doch eine himmelschreiende Heuchelei."

Die EU-Kommission hatte im September vorgeschlagen, der EU-Grenzbehörde Frontex

bis 2020 eine ständige Reserve von 10.000 Einsatzkräften zur Verfügung zu stellen – das wären rund 8.500 mehr als heute. Die Staats- und Regierungschefs hatten das Absicherung der Außengrenze gegen illegale Migration beim EU-Gipfel Ende Juni zur Priorität erklärt. Aufgrund der massenhaften Einwanderung und der oft löchrigten Außengrenzen eine sicherlich vernünftige Idee, besonders wenn dann noch berücksichtigt wird, dass unsere eigenen Grenzen kaum effektiven Schutz gegen illegale Einwanderung bieten. Viele EU-Staaten hatten sich zu den Frontex-Plänen der Kommission dann aber sehr kritisch geäußert – auch Deutschland und Österreich, die zuvor sehr für eine Veränderung plädiert hatten. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft

schlug deshalb vor, die ständige Reserve erst bis 2027 auf 10.000 Beamte aufzustocken. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte 2025 als machbaren Zeitplan bezeichnet. In den nächsten 6 Jahren dürfte es aber zu einer weiteren massiven Einwanderung kommen, sollte die Grenzen nicht zeitnah vor dem nächsten Ansturm geschützt werden. Daher sprechen wir Republikaner uns auch für eine starke EU-Grenzschutztruppe aus, zusätzlich zu einer Aufstockung der eigenen Grenzsicherung. Es darf nicht abgewartet werden, bis EU-Bürokraten sich für einen gemeinsamen Weg entschieden haben. Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, dass der Handlungsbedarf jetzt besteht.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE REPUBLIKANER REP

Wahlen im Jahr 2019

In diesem Jahr erwartet unsere Partei ein Wahlmarathon. Neben der wichtigen Europawahl finden nämlich auch Landtagswahlen statt, z.B. in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, aber auch Kommunalwahlen u.a. in Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Sachsen. Damit verbunden sind die aufwendigen Unterschriftensammlungen, die für einen Antritt oftmals erfolgen müssen. Eine Ausnahme bilden auf kommunaler Ebene die Städte und Kreise, in denen wir bereits vertreten sind. Helfen Sie daher den Parteifreunden in ihren Verbänden, die an den jeweiligen Wahlen teilnehmen werden, denn nur gemeinsam können wir für unsere Heimat eine Veränderung herbeiführen.

Karlsruhe und das Pendlerproblem

Stellungnahme der Karlsruher Republikaner: Wir Republikaner sind sehr erstaunt über den Bericht im lokalen Wochenblatt. Schon im November 2014 machten wir mittels einer Flugblattverteilung auf das bestehende Parkplatzproblem am Bahnhof Waghäusel aufmerksam. Sage und schreibe 4 Jahre passierte nichts und nun soll der Vorschlag aus der Mitte des Gemeinderats gekommen sein? Ein Witz. Hat der zuständige Redakteur unser Flugblatt vergessen oder absichtlich nicht erwähnt? Nach dem Motto „von Rechten kann und darf nichts Gutes kommen“ oder sollen die Bürger im Unklaren darüber bleiben, dass auch freiheitliche-konservative Parteien einige gute Veränderungsvorschläge bieten? Letztendlich sind wir aber darüber froh, dass sich eine Veränderung ergeben hat und unser Grundgedanke umgesetzt wurde. Vielleicht denken die Altparteien bei der nächsten Umsetzung von republikanischen Ideen aber daran, dass es nicht umsonst das Sprichwort gibt: Man soll sich nicht mit fremden Feldern schmücken.



Brandenburg mit neuem Vorstand

Der Landesverband Brandenburg hat Ende Dezember einen neuen Landesvorstand gewählt und damit die politischen Weichen für das kommende Wahljahr gestellt. Auf einer zweiten Veranstaltung wurde zudem die Landesliste zur Landtagswahl in Brandenburg aufgestellt. In Kürze startet der Verband mit der Sammlung der Unterstützungsunterschriften, damit auch die formale Hürde überwunden ist.

Haushaltsdebatten in den Kommunalparlamenten

In zahlreichen Städten und Kreisen fanden in den vergangenen Wochen wieder die Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 statt. Dabei wurden oft die Unterschiede zwischen den Kommunen deutlich. In Stadträten und Kreistagen, die über Republikaner verfügen, befanden sich die Altparteien nicht in trauriger Gemeinsamkeit. Zwar findet sich kaum mediale Berichterstattung über die Haushaltsreden und sonstigen Beiträge unserer Mandatsträger. Dafür haben wir aber einige Reden abrufbar im Internet, damit sie Ihnen nicht vorenthalten bleiben. So finden Sie z.B. unter www.rep-duesseldorf.de/kommunalpolitik/anfragen-und-antraege die Rede demnächst auch als Filmmitschnitt.

Mönchengladbach mit neuem REP-Kreisverband

In immer mehr nordrhein-westfälischen Städten werden Kreisverbände reaktiviert oder neu aufgebaut. So geschieht es aktuell auch in Mönchengladbach. Nach einigen Neueintritten kann in diesem Monat auch hier ein neuer Kreisvorstand gewählt werden. Dabei ist die Zielsetzung bereits heute schon klar gesetzt: Der Einzug der Republikaner in den Stadtrat.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität.

Einen Aufhängerposten finden Sie

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier einig kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige Veranstaltungen im Raum Karlsruhe. Weitere Informationen unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich waise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.